

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Für den Abdruck: 20 011.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Marianstraße 38/40.  
Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. 1. 25 bei täglich zweimal, Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark. | Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalte 30 mm br. Zeile 30 A. 1. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote nach Vereinbarung. Postbezugspreis für Monat Januar 3 G. M. Einzelnummer 15 G. P. H. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Blüthner-Flügel**  
**-Pianos**  
Prager Straße 12  
Fernruf 16378

**Sporthotel Altes Amtshaus und Amtshof Altenberg**  
Garage für 5 Autos, Beliebt und bevorzugte Einkehrstelle für Automobile.  
Alten Touristen- u. Sporthotel. Behagl. Aufenthalt für Erholungsbedürftige, Wald dicht am Hotel. — Jeden Sonnabend von 7 Uhr ab Reunion. Erstklassige Verpflegung und komfort., bestingerichtete Fremdenzimmer. Telefon Amt Lauenstein 9. Besitzer: W. HECKER.

**Stadt Gotha**  
Schloßstraße 11  
Vornehmes Familien-Restaurant  
bietet bei mäßigen Preisen beste Verpflegung in bequemen gelassen Räumen. Festlichkeiten aller Art können bis 50 Personen abgehalten werden.

## Polen droht mit sofortigen Repressalien!

Dr. Luther hofft, sein Kabinett spätestens am Montag nachmittag vervollständigt zu haben. Erregte Sitzungen in der französischen und italienischen Kammer. — Pessimismus in Paris.

### Größte Erregung in Warschau.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Genf, 17. Januar. Der polnische Minister „Matin“ meldet aus Warschau: Der polnische Minister hat am Freitag beschlossen, eine gewalttätige Enttarnung der polnischen Präfekten im Danziger Stadtgebiet durch den Danziger Senat vor Entscheidung des Völkerbundes mit sofortigen Repressalien zu beantworten. Man spricht von militärischen Anordnungen Polens im Gebiet des Korridor. In Warschau herrscht größte Erregung. Mehr als 20 Prozent der Versammlungen der linken Fraktionen fordern militärische Sicherungen Polens an Danzig.

London, 17. Jan. Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß die polnische Regierung auf der nächsten Sitzung des Völkerbundes nicht um eine Revision des Abkommens über ihre Beziehungen mit Danzig eintreten werde, sondern um Auslegung des Vertrages auf derselben Grundlage, wie bei der Befestigung der Röhre Zone. — Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur Danziger Briefkastenangelegenheit, die Auslegung dieser Frage werde wahrscheinlich an den permanenten internationalen Gerichtshof in Haag verwiesen werden müssen. (W. T. B.)

### Bruch des Oberschlesien-Abkommens durch die Polen?

Berlin, 16. Jan. Durch Verfügung der polnischen Regierung sind die zweiten Feiertage an Weihnachten, Silvester und Pfingsten sowie der Karfreitag aufzuheben worden, obwohl Artikel 29 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien bestimmt, daß die vor dem Uebergang der Staatshoheit anerkannten kirchlichen Feiertage nur mit Zustimmung der betreffenden Religionsgesellschaften befristet werden können. Von einer Befreiung, geschweige denn Zustimmungserklärung der Vertreter der ober-schlesischen evangelischen Kirchen ist bisher nichts verlautbart. Es scheint viel-

mehr eine neue Vergewaltigung der deutschen Bevölkerung und ein Bruch der unter dem Vorsitz des Völkerbundesdelegierten Galonder abgeschlossenen Oberschlesien-Konvention vorzuliegen.

### Das deutsch-polnische Abkommen vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 17. Jan. Im Reichstag herrscht heute, im Gegensatz zu den Vortagen völlige Ruhe. Die Mehrzahl der Abgeordneten ist über Sonntag in ihre Heimat abgereist. Von den Ausschüssen war lediglich heute der Auswärtige Ausschuss zusammengetreten, der den Gesetzentwurf wegen eines deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeit und Optionsfragen behandelte. Nach dem Bericht des deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. Hochberg gab Staatssekretär Lewald, der das deutsch-polnische Abkommen auf deutscher Seite unterzeichnet hat, einen Überblick über die Vorgeschichte des Abkommens und den Verlauf der Verhandlungen. Von den zuständigen Regierungsvertretern wurden darauf verschiedene Fragen beantwortet, die aus der Mitte des Ausschusses zur Behandlung von Zweifeln zwecks Wahrung des deutschen Standpunktes an die Regierung gerichtet wurden. In der sich anschließenden vertraulichen Diskussion sprachen die Abgeordneten Dr. Berg und Freitag-Loringhoven (D.-N.), Graf Bernstorff (Dem.), Graf Lerchenfeld (Bav. Sp.) und Hermann Müller (Soj.). Der Ausschuss beschloß, dem Plenum des Reichstages die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen. — Im Reichstag sind wieder zahlreiche

### Russische Antworten an den Völkerbund.

Genf, 16. Jan. Tschitschew hat an den Generalsekretär des Völkerbundes drei Antwortnoten gerichtet, in denen die russische Regierung ohne nähere Begründung den Beitritt zum internationalen Gerichtshof wie auch den Beitritt zum Abkommen über die Vereinfachung der Zollformalitäten ablehnt und sich grundsätzlich zur Teilnahme an den Ausschüssen über die Vereinfachung der Schiffsfahrt in der Binnenschifffahrt bereiterklärt.

### Das Reich ist uns geblieben!

Zum 18. Januar.  
„Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem der Mensch nicht vertrieben werden kann.“ sagt Jean Paul. In dieses Paradies flüchtet sich zum 18. Januar das nationale Deutschland und legt sich in dieser zwerghaft kleinen Zeit an der strahlenden Größe vergangener Tage, die mit der Kaiserproklamation in Versailles ihren staatsrechtlichen Anfang nahm und unser Volk zu einer und jetzt traumhaft anmutenden Blüte emporführte. Was in dem Verfall von 1871 geschaffen wurde, konnte in dem Verfall von 1919 zwar geschwächt und gedemütigt, aber nicht völlig zerstört werden, und so haben wir heute wenigstens den einen Trost, daß uns das Reich geblieben ist, das Reich, an dem sich unser Glaube an eine neue Zukunft unseres Volkes emporrannt.

Was das Genie eines Bismarck am 18. Januar 1871 als gewaltige Schöpfung den Zeiten in die Bahn schleuderte, war ein deutsches Reich, dessen Wesen in einer harmonischen Mischung von Macht und Mäßigung bestand. Dieser Kern der germanischen Weltanschauung kam in der Versailles Kaiserproklamation deutlich zum Ausdruck in den denkwürdigen Worten Kaiser Wilhelms I.: „Mir aber und meinen Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Lehrender des Reiches zu sein, nicht durch kriegerische Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens auf den Gebieten nationaler Wohlfahrt und Gerechtigkeit.“ Dieses feierliche Gelöbnis ist getreulich gehalten worden durch die Gewährleistung einer 43jährigen gefegneten Friedenszeit, die alle fruchtbaren Kräfte geistiger und wertvoller Arbeit in Deutschland zu höchster Anspannung entfaltete und einen Zustand wahrhafter Kultur und allgemeinen Wohlstandes schuf. Das Größte an diesem germanischen Staat aber war der Geist, der ihn beherrschte und das deutsche Volk vor der Gefahr behütete, im Wohlleben zu verweilen. Es war der Geist Kant's, des kategorischen Imperativs der Pflicht, der alle Glieder des staatlichen Mechanismus leitete, und den der alte Kaiser selbst und sein eigener Kanzler in vorbildlicher Weise verkörperten. Bismarck's Wahlpruch war: „Patrias inserviando consumor!“ „Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich!“, und er rief sich buchstäblich auf in der Sorge um Deutschlands Wohl. Für die Denkwürdigkeit Kaiser Wilhelms I. aber ist der Ausspruch bezeichnend: „Ich habe keine Zeit, müde zu sein!“ So ruhte das alte Reich auf einer starken ethischen Grundlage, auf der sich ein Beamtentum von seltener Untadelhaftigkeit entwickelte. Eine Verquickung von amtlicher Stellung mit geschäftlichem Profit, wie sie jetzt der Vormal-Standard enthält hat, wäre damals undenkbar gewesen. Bismarck selbst gab auch in dieser Beziehung ein leuchtendes Beispiel; u. a. lehnte er die Übernahme eines Reedereiantells an einem nach ihm benannten Handelsschiffe mit der Begründung ab, daß er grundsätzlich die Beteiligung an kaufmännischen und ähnlichen Geschäften seitens staatlicher Beamten verwerfen müsse. In den Händen solcher Männer waren die Staatsgelder, um ein zeitgemäßes Wort Friedrich des Großen den Lebenden ins Gedächtnis zu rufen, „eine Bundeslade, die keine profane Hand anzufassen wagte“. Die Rückkehr zu diesem Geiste tut uns not!

## Frenken Reichsjustizminister.

### Der Presse-Empfang beim Reichskanzler Dr. Luther.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 17. Jan. Reichskanzler Dr. Luther erschien heute in einem Kreise von Vertretern der deutschen Presse, denen gegenüber er zunächst betonte, welches Gewicht er auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Presse im Interesse unseres Landes und Volkes lege. — Die Versäuberung der Abgabe der Regierungserklärung habe keinen anderen Grund, als den bereits angezeigten, nämlich daß einige wichtige Ministerposten noch nicht besetzt werden konnten. Daß sie noch nicht besetzt sind, sei nicht auf sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern lediglich auf persönliche Gründe zurückzuführen.

Die Regierungserklärung ist bereits weiter vorangeschritten. So ist inzwischen die Besetzung des Reichsjustizministeriums durch den Landgerichtspräsidenten a. D. Frenken, Köln, erfolgt.  
Im Dienste unseres Volkes, sagte Dr. Luther, muß dafür gesorgt werden, daß wir über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg nur die einigenden Gesichtspunkte ins Auge fassen. Dr. Luther hat den aufrichtigen Wunsch, die Mehrheit des Reichstages hinter sich zu sehen. Er selbst gehöre keiner Partei an und gerade deshalb müsse er sich auf eine Mehrheit stützen können, die möglichst alle Kräfte umfasse, die zu positiver Mitarbeit bereit sind.  
Im Anschluß daran sprach Dr. Luther dem Pressesekretär Dr. Spieder Dank und Anerkennung für die in schwerer Zeit geleistete Arbeit aus, und stellte als neuen Leiter des Reichspressenamtes Ministerialdirektor Klep vor.  
Das „W. T.“ will wissen, Luther beabsichtige jetzt, den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Popitz an die Spitze des Ministeriums zu stellen. (W. T. B.)

### Vor wichtigen außenpolitischen Schriften

Berlin, 17. Jan. Nach der Bildung des Reichskabinetts wird der Ausschuss für Auswärtiges in der neuen Woche zusammengetreten. In der Klärungsfrage beschäftigt es sich, daß im Anschluß an die Regierungserklärung ein neuer Schritt der deutschen Regierung bei den alliierten Mächten erfolgt; ebenso wird die Frage der militärischen Kon-

trolle zu einer Aktion des neuen Kabinetts sowohl bei den Kontrollmächten wie beim Völkerbund führen.

### Gehrenbach wieder Fraktionsvorsitzender.

Berlin, 17. Jan. Die Reichstagsfraktion des Zentrums wählte ihren früheren Vorsitzenden Abg. Gehrenbach einstimmig wieder zum Vorstand. Die Fraktion setzt sich genau so zusammen, wie bisher, nur daß der Abg. Joss noch dazugezogen ist. Am 23. und 24. d. M. findet im Reichstagsgebäude eine Sitzung des Reichstagsvorstandes der Zentrumspartei und der Vorsitzenden der Landes- und Provinzverbände der Partei statt, in der neben Parteiangelegenheiten auch die politische Lage besprochen werden soll.

### Die „Section Rhénane“.

Berlin, 17. Jan. Mit dem 31. Dezember sollte der restlose Abbau der Eisenbahnregie nach dem Londoner Abkommen und nach den Abmachungen zwischen Reichsbahn und Regieverwaltung beendet sein; nur noch vereinzelte Abwicklungsstellen sollten sich zu diesem Termin in Tätigkeit befinden.  
Nun hat aber die Befehlsgewalt der Londoner Abmachungen dadurch hintergangen, daß sie aus einem Teil der ehemaligen Regiebeamten eine militärische Behörde unter dem Namen „Section Rhénane“ zusammenstellte, die nichts anderes als eine militärische Eisenbahnreform darstellt und jetzt bereits 650 Mann zählt.  
Sie ist in fünf Unterabteilungen zerlegt, von denen sich jede aus Angehörigen einer bestimmten französischen Eisenbahngesellschaft rekrutiert. Die früheren Beamten und Angestellten der Regie sind militärisch eingegliedert und unterliegen den militärischen Behörden. — Die im Londoner Abkommen vorgesehene Organisation zur Ueberwachung des Eisenbahnbetriebes in den besetzten Gebieten waren als Organe der zivilen Rheinland-Kommission, nicht aber als militärische Stellen gedacht, als die sie jetzt ausgebaut sind. Die „Section Rhénane“ bedeutet nichts anderes als eine Reserveformation zur möglichst raschen Wiedereinrichtung einer Regieverwaltung. Es wird das bezweckenderweise von den in der Section vereinigten ehemaligen Regiebeamten auch ganz unumwunden zugegeben. Es ist die Pflicht der deutschen Reichsregierung, sich gegen diese ganz unverschiebte Aufrechterhaltung der Regie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen.

An unsere Postbezieher!  
**Erneuern Sie sofort**  
für Monat Februar den Bezug der  
**Dresdner Nachrichten.**  
Für alle nach dem 25. eines Monats eingehenden Zeitungsbestellungen berechnet die Post eine Sondergebühr.  
Verlag der „Dresdner Nachrichten“.